



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreis Berlin Nord-Ost - Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee

Zusammenleben in Pankow
Eine soziale Politik für Teilhabe und Lebensqualität
***Kommunalpolitisches Wahlprogramm der SPD Berlin NordOst
für Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee***

Beschlossen durch die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin NordOst
am 1. Juli 2006 (Langfassung)



Inhalt

1	Unsere Grundsätze für eine soziale Stadtpolitik: Solidarität, Teilhabe, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit	3
2	Worauf wir aufbauen: Unsere Politik für Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee 2001-2006	4
3	Lebensqualität durch Familienfreundlichkeit und Gleichberechtigung	8
3.1	Familien stärken und Eigenverantwortung fördern	8
3.2	In Bildung investieren	9
3.3	Zusammenleben und Zusammenhalt der Generationen fördern	9
3.4	Lebensräume für Kinder und Jugendliche erhalten und ausbauen	9
3.5	Gleichstellung in allen Bereichen verwirklichen	10
4	Lebensqualität durch Beschäftigung, soziale und kulturelle Angebote	11
4.1	Kommunale Verantwortung für Arbeit und Beschäftigung wahrnehmen	11
4.2	Wirtschaftsförderung vor Ort gestalten	12
4.3	Bildung als lebenslanges Lernen begreifen	13
4.4	Kunst und Kultur als Aushängeschild für einen lebendigen Bezirk erhalten	13
4.5	Soziale Verantwortung übernehmen	14
4.6	Sport als Bindeglied zwischen den Menschen fördern	14
5	Lebensqualität durch nachhaltige Stadtentwicklung	15
5.1	Stadtentwicklung umsichtig gestalten, bezahlbaren Wohnraum erhalten	16
5.2	Mobilität sichern, Verkehrssicherheit gewährleisten	17
5.3	Öffentliche Ordnung für ein sicheres Leben gewährleisten	18
5.4	Umwelt schützen und Arbeit schaffen	18
5.5	Haushalt konsolidieren, notwendige Ausgaben dauerhaft absichern	20
6	Lebensqualität durch Solidarität und Toleranz	21
6.1	Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken und Integration gestalten	21
6.2	Für ein tolerantes Pankow eintreten	22
6.3	Städtepartnerschaften erhalten und ausbauen	22
7	Lebensqualität durch Teilhabe und bürgernahe Verwaltung	23
7.1	Bürgerschaftliches Engagement stärken	23
7.2	Politische Teilhabe ausweiten	23
7.3	Bürgernahe Verwaltung ausbauen	24

1 Unsere Grundsätze für eine soziale Stadtpolitik:

Solidarität, Teilhabe, Gleichberechtigung und Nachhaltigkeit

Unser Bezirk zieht Menschen an. Seine kulturelle Vielfalt, seine reizvollen Wohnlagen, die ausgewogene soziale Mischung und das breite Angebot an kommunalen Leistungen sind die Grundlagen, auf denen Pankows Attraktivität gründet. Über 350.000 Menschen leben in Berlins größtem Bezirk und jedes Jahr wächst er ein wenig mehr. Alle in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee wohnenden Bürgerinnen und Bürger sollen sich in unserem Bezirk wohl fühlen und gern hier leben. Die Grundlagen dafür zu erhalten und auszugestalten – dafür wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eintreten und Verantwortung übernehmen.

In unserem Ziel, die soziale Stadtentwicklung langfristig zu fördern, setzen wir auf eine starke Kommune. Öffentliche Leistungen dürfen keinem fehlgeleiteten Marktdenken geopfert werden. Wir treten vielmehr für eine stärkere öffentliche Daseinsvorsorge ein. Wesentlicher Bestandteil einer sozialen Stadtpolitik ist aus unserer Sicht auch, alle Elemente direkter Demokratie zu fördern. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohnerinnen und Einwohner bei anstehenden Entscheidungen ausweiten und sie zum Mitmachen ermuntern. Wir sehen in Vereinen, Verbänden, Kirchen und Einwohnerinitiativen wichtige Bündnispartner für eine ausgewogene Sozial- und Kommunalpolitik.

Alles Handeln werden wir auf die Wirkung auf nachfolgende Generationen ausrichten. Unser heutiges Gestalten muss Zukunft eröffnen. Familienförderung, Kinderbetreuung, Jugendhilfe und Bildung haben daher für die SPD die höchste Priorität. Zukunftssicherung bedeutet auch die Aufwertung der menschlichen Arbeit. Wir behalten die Ansprüche der Schwachen und Förderbedürftigen im Blick, die unsere Hilfe brauchen. Ihnen gilt unsere besondere Zuwendung. Wir stehen für einen vorsorgenden Sozialstaat.

Eine aktive soziale Kommunalpolitik darf die finanziellen Rahmenbedingungen, die ihr gesetzt sind, nicht außer Acht lassen. Alle Maßnahmen müssen daher unter den Vorbehalt gestellt werden, finanzierbar zu sein. Den Bezirkshaushalt dauerhaft zu konsolidieren und keine Schulden anzuhäufen, ist für uns nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Vernunft. Wir fühlen uns in dieser Hinsicht auch den kommenden Generationen verpflichtet.

Die Arbeitslosigkeit, die auch in unserem Bezirk bedrückend hoch ist, wollen wir konsequent zurückdrängen. Die Spielräume des Bezirks Pankow sind hierfür jedoch begrenzt. Wir werden aber die vorhandenen Möglichkeiten zur Förderung der lokalen Wirtschaft und Ansiedlung neuer Betriebe nutzen, um Beschäftigung zu sichern und auszuweiten.

Seit 1989 gestalten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee in verantwortlichen Positionen unseren Bezirk. Wir haben seither nicht alles, aber sehr viel erreicht. Wir haben gemeinsam mit anderen Demokratie und Freiheit erkämpft, und tragende demokratische Strukturen mit aufgebaut. Heute muss jeder Mensch im Bezirk Pankow, gleich welcher Grundüberzeugung, welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder welcher sexuellen Identität, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Für extreme Haltungen, die das Zusammenleben belasten, darf auch künftig kein Raum sein. Dafür setzen wir uns ein, dafür arbeiten wir.

2 Worauf wir aufbauen:

Unsere Politik für Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee

2001-2006

Die Bezirkspolitik war in den vergangenen fünf Jahren geprägt durch die anhaltende Haushaltsnotlage im Land Berlin. Das Zusammenwachsen der drei Alt-Bezirke nach der Bezirksfusion und die Fortentwicklung der Verwaltungsreform waren weitere Leitlinien für das Handeln im Bezirk.

Die Politik der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und im Bezirksamt zielte auf die Modernisierung der bezirklichen Verwaltung ab. Eine stärkere Serviceorientierung, die Einführung moderner Controlling- und Steuerungselemente sowie die Umstellung der Finanzaufweisungen auf die Kosten- und Leistungsrechnung waren wesentliche Inhalte. Leitmotive der SPD-Politik waren ein Mehr an Bürgerbeteiligung, die Aktivierung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements, eine bessere Effizienz im Verwaltungshandeln, der Erhalt und der Ausbau eines hochwertigen Leistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger und die Sicherung der sozialen Balance im Bezirk Pankow.

2.1 Haushaltspolitik für den Bezirk Pankow

Den größten Herausforderungen sah sich die bezirkliche Politik im Bereich des Haushalts gegenüber. Bei Beginn der Wahlperiode lag das Primärdefizit im Bezirkshaushalt bei etwa 30 Millionen Euro. Durch zum Teil schmerzhaft eingesetzte Einschnitte gelang es, dieses Primärdefizit abzubauen, so dass im Jahr 2005 ein leichter Überschuss erwirtschaftet werden konnte. Das wesentliche Problem für den Bezirkshaushalt bleibt jedoch der bis zum heutigen Tage aufgelaufene Schuldenberg aus den Vorjahren, der so genannte Defizitvortrag. Er entstammt im Wesentlichen Ausgaben in Pflichtbereichen, Ausgaben also, auf die die Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch haben. Zum Abbau dieses Defizitvortrages haben BVV, Bezirksamt und Abgeordnetenhaus ein Sanierungsprogramm für die nächsten Jahre beschlossen.

Zur Entlastung des Haushalts und zum Ausbau der bezirklichen Infrastruktur haben zielgerichtet und strategisch Mittel der EU und des Bundes eingeworben. Den Erfolg sehen wir heute bei Schulen, Kitas, Spielplätzen, Grünanlagen, kultureller Infrastruktur, Straßen und Radwegen, die mit Hilfe dieser Gelder saniert, ausgebaut oder errichtet werden konnten.

Erfolgreich verlief die erstmalige Einführung von so genannten Genderverfahren bei der Haushaltsaufstellung und Durchführung. Besonders erfreulich ist für uns die Teilnahme des Bezirks am Genderprojekt Haushalt des Senates als Pilotbezirk.

2.2 Bürgerschaftliches Engagement im Bezirk Pankow

Ein wichtiges Element einer modernen Stadtpolitik ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Dies war in der vergangenen Wahlperiode ein zentrales Handlungsfeld für die Sozialdemokratie im Bezirk Pankow. So wurden Transparenz und Bürgerbeteiligung in der BVV weiter ausgebaut und ihre auf Teilhabe orientierten Elemente gestärkt. Auch die Außendarstellung im Internet wurde modern und informativ ausgebaut. Bürgerschaftliches Engagement konnte teilweise ganz konkret verwirklicht werden wie zum Beispiel bei den Stadtteilbibliotheken in Wilhelmsruh und Französisch Buchholz sowie der Kinder- und Jugendbibliothek in der Grundschule unter den Bäumen. Große Wertschätzung erfuhr auch der in seiner Würdigung qualitativ verbesserte Ehrenpreis für ehrenamtliches Engagement.

Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Bezirksverwaltung haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass vor größeren Baumaßnahmen oder bei anderen gravierenden Problemen öffentliche Bürgerversammlungen einberufen werden. So geschah dies beispielsweise beim Bau des Golfplatzes in Blankenburg, zum Thema der Verkehrssituation im Nordosten und zur Abwassersituation in Blankenburg, Heinersdorf und Französisch Buchholz. Im Bereich der Sanierungsgebiete haben wir uns für eine stärkere Stellung der Betroffenenvertretungen eingesetzt. Gleiches gilt für Initiativen zur Wohnumfeldverbesserung wie den Freundeskreis Mauerpark, den Bürgerverein Gleimviertel oder den Freundeskreis Helmholtzplatz.

Um das demokratische Verständnis bei Jugendlichen zu fördern, haben wir das Planspiel Kommunalpolitik in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert Stiftung in der Ossietzky-Oberschule initiiert. Mit der Verabschiedung des Gesetzes für Bürgerbeteiligung und Bürgerbegehren auf Bezirksebene hat die Beteiligung der Pankowerinnen und Pankower eine neue Qualität erlangt. Dafür haben wir uns aktiv eingesetzt.

2.3 Bürgerfreundlicher Bezirk Pankow

Durch den Einsatz der SPD im Bezirksamt und in der BVV konnte eine für Berlin beispielhafte bürgerfreundliche Verwaltung geschaffen werden. Mit seinen vier modernen und leistungsfähigen Standorten des Bürgeramtes und mit dem Modellprojekt Mobiles Bürgeramt nimmt der Bezirk eine Spitzenstellung in Berlin ein. Der Erhalt des Bürgeramtes in Karow zeigt, welche Bedeutung wir dieser Dienstleistung zumessen. Dass man sich landesweit an den Öffnungszeiten unserer Bürgerämter orientiert hat, unterstreicht diese Spitzenposition.

2.4 Wohnen im Bezirk Pankow

Die Stadtentwicklungspolitik der SPD-Fraktion in der BVV war ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig ausgerichtet. Der Fortentwicklung des Instruments der Sanierungs- und Millieuschutzgebiete, dem Ausbau der sozialen Infrastruktur und dem Erhalt der sozialen Struktur der Wohnbevölkerung galt dabei unsere Aufmerksamkeit. Der konsequente Einsatz für die Interessen der Mieterinnen und Mieter war Kernbestandteil sozialdemokratischer Wohnungspolitik im Bezirk. Besonders deutlich wurde dies durch die Millieuschutzsatzung für das Tautviertel und den von der SPD initiierten Aufstellungsbeschluss für eine Umstrukturierungsverordnung für die „Grüne Stadt“. Weil pauschale Mietobergrenzen in den Sanierungsgebieten rechtlich unzulässig sind, wurde hier ein völlig neues Verfahren („Ablaufsicherung“) eingeführt, das die sozialen Belange der Mieterinnen und Mieter schützt und gleichzeitig die Interessen der Eigentümerinnen und Eigentümer angemessen berücksichtigt.

Das Baustellenmanagement konnte durch das Einbeziehen betroffener Anwohnerinnen und Anwohner und der Geschäftsleute verbessert werden. Im Bereich der planenden Ämter konnten durch ein stärkeres Einbeziehen der BVV und die Überprüfung bestehender Bebauungsplanverfahren der Verwaltungswildwuchs eingedämmt, Ressourcen gebündelt und Kosten gesenkt werden.

Im Bereich der nachhaltigen Energiewirtschaft setzte sich die SPD-Fraktion insbesondere für den Runden Tisch Klimaschutz, den Erhalt der lokalen Energieberatung, Projekte zur Energieeinsparung an Schulen („fifty-fifty“), die Durchführung eines kommunalen Solarprogramms und die Errichtung einer Bürgerwindkraftanlage ein.

2.5 Kinder und Jugendliche im Bezirk Pankow

In den Schulen des Bezirks wurde das Ganztagschulkonzept in hervorragender Weise umgesetzt. Die Hortversorgung konnte im Wesentlichen gesichert werden. Zur Weiterentwicklung der Schulen und zur Sicherung der sozialen Stabilität an den Schulen setzte sich die SPD erfolgreich für den Erhalt der Schülerclubs ein. Die Schulplanung konnte in der vergangenen Wahlperiode weiterentwickelt und bedarfsorientiert fortgeschrieben werden.

Die Versorgung mit Kita-Plätzen war und ist beispielhaft. Mit der Bildung des Kita-Eigenbetriebs können diese Standards beibehalten und weiterentwickelt werden. Es bleibt Aufgabe von Bezirksamt und BVV die Arbeit des Eigenbetriebs zu unterstützen und kritisch zu begleiten.

Schmerzlich, aber unvermeidlich waren die Einschnitte im Bereich der freien und bezirklichen Kinder- und Jugendarbeit. Trotzdem ist es gelungen durch eine Evaluierung die vielseitige Träger- und Angebotsstruktur zu erhalten. Erfreulich ist die Fertigstellung einer umfassenden Spielplatzplanung für den Bezirk. In der vergangenen Wahlperiode konnten über 20 Spielplätze neu geschaffen und zahlreiche Schulhöfe saniert werden.

2.6 Gesund leben im Bezirk Pankow

Durch die Mitgliedschaft des Bezirks im Gesunde Städte Netzwerk konnte an den Kitas und Schulen eine Vielzahl von Präventionsprojekten initiiert und durchgeführt werden. Erstmals wurde 2006 ein Jahrespräventionsprogramm aufgelegt.

Erfolgreich war der Einsatz der SPD für eine ortsnahe sozialpsychiatrische und sozialmedizinische Versorgung sowie das Beratungs- und Betreuungsangebot für suchtkranke Menschen.

Für die Seniorinnen und Senioren konnten ein Netz vielfältiger Angebote erhalten und neue kiezbezogene Angebote entwickelt werden, so beispielsweise der Charlottetreff, der Seniorentreff im Tiroler Viertel oder die Begegnungsstätte Alt Buch durch Übergabe an den Freien Träger Albatros e.V. Ein weiterer Schritt zur Verbesserung des Angebots für Seniorinnen und Senioren stellte die Integration des „Qualitätsverbundes Netzwerk im Alter“ in das kommunale „Netzwerk im Alter“ dar.

Besonders erfreulich entwickelten sich auch durch den Einsatz der sozialdemokratischen Mitglieder in Bezirksamt und BVV die Projekte für obdachlose Menschen und zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Ebenso erfolgreich war die Initiierung eines Kooperationsvertrags zwischen der AWO NordOst und dem OASE e.V. zur Integration älterer Migrantinnen und Migranten aus dem osteuropäischen Raum in Französisch Buchholz.

2.7 Arbeiten im Bezirk Pankow

Eine der größten Herausforderungen in der vergangenen Wahlperiode war die Umsetzung des SGB II und die damit verbundene Bildung einer ARGE zwischen der Bezirksverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit sowie die Bildung des Jobcenters. Für alle Punkte können wir heute feststellen, dass sie trotz schwieriger Rahmenbedingungen gemeistert worden sind. Auf Initiative der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat sich die BVV aktiv dieses Prozesses und seiner weiteren Begleitung in einem eigenen Ausschuss angenommen. Damit verbunden war die Entwicklung des Sozialamtes zu einer serviceorientierten Einrichtung. Trotz aller Schwierigkeiten, die der Prozess der Umstellung der Hilfeleistungen mit sich bringt, sind wir der Meinung, dass es ein wichtiger und richtiger Schritt war, den hilfebedürftigen Menschen nicht in der Rolle des ohnmächtigen Alimentierten zu belassen, sondern ihn aktiv bei der Überwindung seiner Situation zu unterstützen.

Eng verbunden mit der neuen Rolle des Bezirks in der Arbeitsmarktpolitik ist sein Wirken in der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, ortsnahe Arbeitsplätze zu schaffen. Erfolgreich setzten sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bezirk für die Schaffung einer wirtschaftsfreundlichen Stimmung und Struktur in der Verwaltung ein. Sowohl Neuansiedlungen als auch Neugründungen konnten hier auf Unterstützung zählen. Dabei waren genossenschaftliche Wirtschaftsprjekte für uns besonders wichtig. Die Beispiele des erfolgreichen Handelns sind vielfältig. Stellvertretend für viele seien hier die Genossenschaft Saarbrücker Straße, die Sprachschule in der Kastanienallee, der Golfplatz Blankenburg und die Straßenanbindung des ABB Geländes in Wilhelmsruh genannt. Ein besonderes Augenmerk galt der Weiterentwicklung des Medizin- und biotechnologischen Standortes Buch als Standort mit überregionaler Ausstrahlung. Die SPD hat deshalb den Bau eines Life Science Centers in Buch unterstützt.

2.8 Moderne Verkehrspolitik für den Bezirk Pankow

In der Verkehrspolitik setzten sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für einen leistungsstarken ÖPNV ein. Leider waren diese Bemühungen nicht in jedem Falle erfolgreich, so dass wir heute eine Unterversorgung der nördlichen Bereiche unseres Bezirks feststellen müssen. Erfolgreich verliefen dagegen der weitere Ausbau des Radwegenetzes sowie die Realisierung von verkehrsberuhigenden und verkehrssichernden Maßnahmen in Wohngebieten.

Die Sanierung des Straßennetzes war auf Grund der Haushaltslage nur in begrenztem Umfang möglich. Entlastung und Erfolge wurden hier insbesondere durch GA-Mittel (Mittel zur Realisierung der Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) finanzierte Projekte erreicht, etwa bei der Erneuerung der Pistoriusstraße und des Karower Damm. Nicht unumstritten, aber durch den Einsatz von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in wesentlichen

Teilen fertig gestellt, markiert der Radfernwanderweg Berlin-Usedom eine neue Qualität in der Verkehrsentwicklung.

2.9 Grünflächen im Bezirk Pankow

Trotz der schwierigen Haushaltslage ist es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bezirksamt und BVV gelungen, die Grünflächen im Bezirk in einem gepflegten Zustand zu erhalten und weiter auszubauen. So konnten der Paule Park und der Bleichröder Park neu geschaffen, die Sanierung von Arnswalder Platz und Wasserturmgelände begonnen und der Helmholtzplatz als öffentlicher Raum für alle gewonnen werden. Weiterhin konnten der Hirschhof langfristig gesichert, die Hauptwege im Schlosspark Niederschönhausen saniert und eine Hundeauslauffläche im Mauerpark eingerichtet werden. Der Botanische Volkspark konnte in seiner Attraktivität gesteigert werden. Erste Schritte wurden eingeleitet, ihn behutsam zu einem Energiepark weiter zu entwickeln.

Erfolgreich gestaltete sich auch die Arbeit des Runden Tisches Klimaschutz. Mit dem Naturparkfest im Naturpark Barnim konnte eine neue umweltpolitische Initiative im Bezirk Pankow begründet werden. Durch den Einsatz von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konnten die Voraussetzungen für die Errichtung der ersten Windkraftanlage Berlins im Bezirk erreicht werden.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen war auch der Einsatz für die Kleingartenanlagen erfolgreich. So konnte die Aufgabe von Kleingartenanlagen für den Straßenbau in Rosenthal verhindert und nach dem BGH-Urteilen zum Pachtzins der „Pankower Weg“ zum Erhalt der Kleingartenanlagen beschränkt werden. Ein Erfolg war auch die Fortsetzung des 100-Höfe Programms zur weiteren Begrünung von Hinterhöfen sowie die Festsetzung eines Biotopflächen-Faktors im Ortsteil Prenzlauer Berg. Die Einrichtung von Grillmöglichkeiten im Mauerpark und auf dem Falkplatz haben die Aufenthaltsqualität in diesen innerstädtischen Grünflächen verbessert. Auch beim Betrieb der öffentlichen Brunnen zeigen sich Erfolge. So werden mittlerweile alle öffentlichen Brunnen im Bezirk Pankow durch Privatfirmen gesponsert.

Einen wesentlichen Beitrag zur Koordination und Information umweltspezifischer Projekte und Themen leistet das Umweltbüro, das erhalten werden konnte. Konsequenterweise setzten sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bezirksamt und BVV für die Verringerung des Fluglärms und insbesondere für das Einhalten des Nachtflugverbots von und nach Tegel ein. Die unhaltbaren Zustände am Kiessee in Arkenberge konnten endlich beseitigt werden. Durch den Einsatz von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konnte die Pflege der Grünflächen in bezirklicher Regie erhalten und eine intransparente Zentralisierung dieser Aufgabe verhindert werden.

2.10 Kulturpolitik für den Bezirk Pankow

Im Bereich der Kulturpolitik setzten sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bezirk für eine langfristige Entwicklungsplanung ein. Der von uns unterstützte Kulturentwicklungsplan stellt dabei ein wesentliches und vor allem fortzuentwickelndes Instrument dar. Bei den Bibliotheken setzten wir uns für ein neues Standortkonzept ein, das die Verwaltungskosten zugunsten der Angebotskosten umschichtet. Wo immer es möglich war, setzten wir uns bei der Aufgabe von Standorten für eine Fortführung des Angebots durch Bürgerinnen und Bürger ein, so etwa in Wilhelmsruh und Französisch Buchholz. Erfreulich ist auch die Entwicklung der Volkshochschule und des Bezirksmuseums, die in der Stadt eine Spitzenposition einnehmen.

Erfolgreich war auch unser Einsatz für den Erhalt der überregional anerkannten bezirklichen Musikschule und ihrer Angebote ebenso wie für den Kulturstandort Weißensee. Ferner haben wir Initiativen zur Ansiedlung neuer kultureller Standorte erfolgreich unterstützt.

3 Lebensqualität durch Familienfreundlichkeit und Gleichberechtigung

Pankow ist ein wachsender Bezirk und hat sich zu einem attraktiven Ort für Familien mit Kindern entwickelt. Dies zeigt sich in den Außenbezirken, aber auch in erfreulich hohem Maße in den innerstädtischen Bereichen im Prenzlauer Berg. Die SPD im Bezirk Pankow möchte den Bezirk mit seinen Ortsteilen Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee noch attraktiver machen. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung und die Chance, Kernpunkte sozialdemokratischer Politik zu realisieren: die Unterstützung von Familien, das Zusammenleben von Alt und Jung und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Bildung in Kita und Schule ist ein Schlüssel zu einer zukunftsorientierten, sozialen und ökonomisch erfolgreichen Entwicklung unserer Gesellschaft. Bildung entscheidet über Lebenszugänge. Chancengleichheit ist vor allem eine Frage gleicher Bildungschancen. Vor diesem Hintergrund streben wir auf Landesebene eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule und langfristig die Gemeinschaftsschule an. Sie soll das bisherige dreigliedrige Schulsystem ersetzen. Bildungsangebote müssen für alle möglichst kostenfrei sein. Aber Bildung muss auch finanzierbar bleiben. Hier kann die Konzentration von Einrichtungen eine Lösung sein.

Bildung geht aber über Kita und Schule hinaus: Sinnvolle Freizeitangebote und Lebensräume für Kinder und Jugendliche auch bei schwierigen finanziellen Rahmendingungen gemeinsam mit den Schulen, Vereinen und freien Trägern zu erhalten, kann ihre positive Entwicklung nachhaltig fördern.

Der demografische Wandel und die sich verändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen bringen große gesellschaftliche Herausforderungen mit sich. Die wachsende Zahl von Menschen über 60 Jahren, aber auch der Seniorinnen und Senioren jenseits der 80 braucht auf sie zugeschnittene Angebote in Bildung, Freizeit und Betreuung. Vieles kann die aktive ältere Generation selbst entwickeln. Beratung ist dabei jedoch unerlässlich. Das Zusammenspiel von Alten und Jungen, die generationsübergreifende Arbeit wird in der nächsten Wahlperiode ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik im Bezirk Pankow sein.

Die Sozialdemokratie macht sich seit über 140 Jahren für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gesellschaft und Politik stark. Für uns gilt, Vorhaben zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf nachhaltig zu unterstützen.

Dafür setzen wir uns ein!

3.1 Familien stärken und Eigenverantwortung fördern

Wir wollen:

- die Kinderbetreuung als Basis von Erwerbstätigkeit sichern. Alle erwerbstätigen und arbeitssuchenden Eltern sollen für ihr Kind einen Ganztagsplatz in einer Kita erhalten. Uns sind die bedarfsgerechte Betreuung von unter Dreijährigen und flexible Kinderbetreuungszeiten für berufstätige Eltern wichtig.
- Kinderbetreuungseinrichtungen miteinander vernetzen, um eine möglichst umfangreiche Betreuung von Kindern berufstätiger Eltern gewährleisten zu können.
- die Familienhilfe und -bildung vernetzen, so dass Eltern auf ein dichtes Netz an Hilfsangeboten für ihre Erziehungsarbeit zurückgreifen können.
- den Wettbewerb und die Auszeichnung für den „Familienfreundlichen Betrieb“ im Bezirk Pankow fortführen.
- die Teilnahme des Bezirks Pankow am Projekt „Frühe Förderung gefährdeter Kinder“ der Bundesregierung erreichen.
- ein Bündnis für Familie im Bezirk Pankow als Netzwerk für Familien aufbauen.

- die Jugendhilfe und insbesondere die Hilfen zur Erziehung sichern.
- ein Netzwerk für den Kinder- und Jugendschutz auf Bezirks- und Landesebene entwickeln.

3.2 In Bildung investieren

Wir wollen:

- die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen auf Landes- und Bezirksebene unterstützen.
- die kommunale Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern durch die Förderung und Kontrolle einer hochwertigen Arbeit im Kita-Eigenbetrieb wahrnehmen.
- mit Blick auf eine intensivierete Sprachförderung der Kinder die Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern weiterführen. Uns sind die obligatorische Sprachstandsfeststellung, Sprachkurse, verlässliche Angebote der Familienbildung und Sprachangebote für Eltern in direkter Anbindung an Kitastandorte wichtig.
- den Schulentwicklungsplan im Interesse einer verlässlichen Planung für die bestehenden Standorte überarbeiten und fortentwickeln.
- die Sanierung der Schulgebäude durch Nutzung der dafür zur Verfügung stehenden Programme, wie zum Beispiel das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm des Landes weiterführen.
- die inhaltliche Arbeit der staatlichen Schulen durch Schulprofilarbeit und den Ausbau des Ganztagsbereichs in Zusammenarbeit mit zum Beispiel der Jugendhilfe und Sportvereinen sowie die Förderung ehrenamtlicher Arbeit verbessern.
- die soziale Struktur an den Schulen weiterhin durch Schülerclubs und eine verstärkte Schulsozialarbeit stabilisieren.
- die Schule als kulturellen Mittelpunkt von Kiezen und Stadtteilen gestalten und Projekte hierzu insbesondere in den Außenbereichen des Bezirks fördern.
- Schulkooperationen zwischen Grund- und Oberschulen entlang der Bildungsbiografien der Schülerinnen und Schüler anregen.

3.3 Zusammenleben und Zusammenhalt der Generationen fördern

Wir wollen:

- ein zusätzliches Mehrgenerationenhaus im Bezirk Pankow aus dem Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend initiieren.
- das Profil der Stadtteilzentren im Bezirk Pankow als Freizeit- und Bildungseinrichtungen für alle Generationen und als Träger der sozialräumlichen Vernetzung stärken.
- das Regionalmodell zum Erhalt und Ausbau der Angebote für Seniorinnen und Senioren weiterentwickeln. Die Vernetzung mit freien Trägern und anderen kommunalen Einrichtungen und Partnern, wie zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften und Seniorenheimen ist hierzu nötig. Angebote für „junge Alte“ zu entwickeln, ist uns wichtig.
- die Senioren-BVV als kommunalpolitische Beteiligungsform für ältere Menschen beibehalten.
- uns für die Weiterentwicklung des Seniorenmitwirkungsgesetzes auf Landesebene einsetzen.

3.4 Lebensräume für Kinder und Jugendliche erhalten und ausbauen

Wir wollen:

- das qualitativ und quantitativ hochwertige Angebot von Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk Pankow erhalten.

- weitere geschlechtsspezifische Angebote in den örtlichen Jugendfreizeiteinrichtungen entwickeln.
- ein Beteiligungsmodell für eine Kinder und Jugend-BVV in Zusammenarbeit mit Jugendfreizeiteinrichtungen und der Bezirksschülervertretung aufbauen.
- die Spielplätze im Bezirk Pankow bedarfsgerecht ausbauen, fantasievoll gestalten und regelmäßig die Spielgeräte erneuern. Jedes Kind soll sicher und in direkter Wohnnähe einen Spielplatz erreichen können.
- sichere und saubere Spielplätze auch durch Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements und Initiierung von Spielplatz-Patenschaften mit Eltern und lokal ansässigen Unternehmen gewährleisten.

3.5 Gleichstellung in allen Bereichen verwirklichen

Wir wollen:

- die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen bezirklichen Handlungsfeldern im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe beachten.
- den Bezirkshaushalt einer geschlechterdifferenzierten und -sensiblen Analyse und Bewertung unterziehen mit dem Ziel, eine geschlechtergerechte Verteilung der Einnahmen und Ausgaben zu gewährleisten.
- die Erziehungs- und Familienarbeit aufwerten.
- die Existenzgründung von Frauen durch die Initiierung eines Unternehmerinnenzentrums im Bezirk Pankow fördern.
- alleinerziehende Frauen und Männer mit spezifischen Beratungsangeboten unterstützen.
- die Frauenprojekte freier Träger und insbesondere die Anti-Gewalt-Projekte im Bezirk Pankow erhalten.
- den Pankower Aktionsplans gegen häusliche Gewalt fortschreiben.
- Sportvereine anregen, ihre Angebote unter geschlechtergerechten Gesichtspunkten zu überprüfen und geschlechtsspezifische Projekte zu entwickeln.

4 Lebensqualität durch Beschäftigung, soziale und kulturelle Angebote

Arbeit und Beschäftigung ist das Recht jedes Menschen. Trotz einer guten Gesamtentwicklung finden viele Menschen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee weiterhin keine Erwerbsarbeit.

Deshalb bleiben der Erhalt und das Schaffen von Arbeitsplätzen auch auf der bezirklichen Ebene ein zentrales Anliegen. So haben wir uns in den vergangenen Jahren maßgeblich für die Entwicklung wichtiger Standorte beispielsweise in Buch und Wilhelmsruh engagiert. Außerdem setzen wir auf die bereits existierende betriebliche Grundstruktur von Klein- und Kleinstbetrieben in Einzelhandel und Gastronomie, Dienstleistungen und Medien, Kulturwirtschaft und Tourismus.

Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II hat der Bezirk Pankow als Partner im Jobcenter gemeinsam mit der Agentur für Arbeit direkte Verantwortung für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit übernommen. Diese Kompetenzen will die SPD im Bezirk Pankow aktiv nutzen, um die Situation der Menschen zu verbessern, die nicht kurz- oder mittelfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Deshalb wollen wir den Faktor Arbeit stärken. So wollen wir lokale Spielräume ausschöpfen, um neue Beschäftigungsmodelle im gemeinnützigen und öffentlichen Bereich zu realisieren. Diese dürfen jedoch nicht zu Lasten bisheriger sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse gehen.

Agentur für Arbeit und Jobcenter, Bezirk und freie Träger, Wirtschaft und Handwerk, Schule und Volksbildung – sie alle wollen wir zusammenbringen, um kreative Lösungen zu finden, die auf unseren Bezirk und seine Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten sind.

Kunst und Kultur, Sport und Freizeitangebote sind prägend für das Klima im Bezirk Pankow. Sie sind eine Chance, verschiedenste Gruppen zueinander zu bringen und so zu ihrer Integration beizutragen. Wir wollen Kunst und Kultur, Sport und Freizeitangebote so gestalten, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar und attraktiv sind. Unser Ziel ist, die vorhandenen öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Potentiale auszuschöpfen und neue Ideen anzustoßen oder aufzugreifen, um diese Angebote trotz der angespannten Finanzlage des Bezirks zu erhalten und zu fördern.

Gesundheit ist ein hohes Gut, das durch eine sinnvolle und rechtzeitige Prävention gefördert werden muss. Die SPD im Bezirk Pankow sieht sich hier weiterhin in der Pflicht. Wir wollen die Präventionsangebote für Kinder- und Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren erhalten und verstärken. Wir werden Schwerpunkte für bestimmte Bevölkerungsgruppen setzen und diese zusammen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Krankenkassen, Kliniken und freien Trägern verwirklichen. Unser Hauptaugenmerk gilt dabei Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen in schwierigen sozialen Lagen. Wir wollen für sie Angebote schaffen, die ihnen ein selbst bestimmtes Leben erhalten und neue Perspektiven eröffnen.

Dafür setzen wir uns ein!

4.1 Kommunale Verantwortung für Arbeit und Beschäftigung wahrnehmen

Wir wollen:

- Netzwerke für Arbeit insbesondere für unter 25-jährige und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen. Dazu ist die Kooperation von Jugendhilfe, Schule, Bildungs- und Kulturinstitutionen, Ausbildungsinstitutionen, Gewerkschaften und Jobcenter weiter zu entwickeln.
- uns für einen Migrationsbeauftragten im Job-Center einsetzen.
- die kommunale, vom Bezirk wahrgenommene Mitbestimmung im Jobcenter gegenüber der Bundesagentur für Arbeit stärken.
- die arbeitsmarktpolitischen Ziele und Eingliederungshilfen des Jobcenters auf die Bedürfnisse der Erwerbslosen und Unternehmen vor Ort ausrichten und entsprechende Handlungsmöglichkeiten vermitteln.

- auf die individuellen Bedürfnisse von Berufsrückkehrerinnen zugeschnittene Angebote des Jobcenters im Rahmen der Leistungen nach dem SGB II anregen.
- neue Beschäftigungsmodelle in Zusammenarbeit mit örtlichen Unternehmen sowie im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich erproben.
- eine Koordinierungsstelle im Bezirksamt einrichten, die kommunale Aufgaben der Jugendförderung, der Wirtschaftsförderung, der Gesundheitsförderung und der Daseinsvorsorge mit dem Jobcenter abstimmt.
- das lokale Bündnis für Arbeit erhalten und ausbauen.
- uns zusammen mit den Gewerkschaften für einen fairen Mindestlohn einsetzen, der auch Beschäftigten im Niedriglohnbereich ein ausreichendes Einkommen garantiert.
- den Jobcenter-Ausschuss in der BVV erhalten und die Anbindung einer Ombudsstelle an den Ausschuss prüfen.
- besondere Förderangebote für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund anregen.

4.2 Wirtschaftsförderung vor Ort gestalten

Wir wollen:

- vorhandene Entwicklungsschwerpunkte und Ansiedlungen wie den Medizin- und Biotechnologiestandort Buch, ABB in Wilhelmsruh, Neue Medien, Mode und Kulturwirtschaft im Ortsteil Prenzlauer Berg, von Tourismus und Gastronomie stärken.
- die Bildung und Weiterentwicklung von Genossenschafts- und gemeinwirtschaftlichen Modellen, wie sie zum Beispiel mit der Genossenschaft Saarbrücker Straße umgesetzt sind, aktiv unterstützen.
- Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie Freiberuflerinnen und Freiberufler durch finanzielle (Start-)Hilfen und eine verbesserte soziale Absicherung fördern.
- mit öffentlichen Einrichtungen und privaten Institutionen zusammenarbeiten, die das Ansehen und die positive Außenwirkung des Bezirks Pankow prägen wie zum Beispiel den Pfefferberg mit dem Vitra-Design-Museum und die Kunsthochschule Weißensee, und diese vernetzen.
- den Bezirk Pankow auf die neue EU-Förderperiode vorbereiten und alle kommunalen Möglichkeiten zum Einwerben zusätzlicher Mittel im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung nutzen.
- die personellen Kapazitäten im Bezirksamt oder bei beauftragten Dritten sichern, um Entwicklungs- und Förderprojekte professionell verwirklichen zu können.
- das bezirkliche Einzelhandelskonzept umsetzen und weiterentwickeln.
- den Einzelhandel durch eine Kooperation mit Straßenarbeitsgemeinschaften und eine Begrenzung der Bauzeiten in Geschäftsstraßen unterstützen.
- das Tourismuskonzept des Bezirks Pankow umsetzen und weiterentwickeln und neue Themen und Vermarktungsschwerpunkte dabei berücksichtigen wie zum Beispiel den Ausbau des Wegeleitsystems und von Reisebusparkplätzen, Qualitätsoffensiven im Gastgewerbe, gemeinsame Angebote von Gastgewerbe und Kultur mit Brandenburg. Die Angebote des TIC – Tourist Information Center zu sichern, ist zu wichtig.
- Pankower Unternehmen bei der Umsetzung des betrieblichen Eingliederungsmanagements gem. § 84 SGB IX in Zusammenarbeit mit Kammern, Gewerkschaften und den Verbänden der Menschen mit Behinderung unterstützen, um die Beschäftigungsfähigkeit der von Behinderung bedrohten Menschen, ihre Produktivität und Lebensqualität zu erhalten und eine Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen zu vermeiden.

- ein investorenfreundliches Image des Bezirks Pankow durch unbürokratisches Handeln und eine verbesserte Infrastruktur schaffen. Dazu sind zum Beispiel ein Autobahnanschluss Kreuz Bucher Straße/A 114 in Richtung Nord, ein flächendeckender breitbandiger Internetzugang nötig.
- Aufträge der öffentlichen Hand im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorrangig an örtliche Firmen vergeben.

4.3 Bildung als lebenslanges Lernen begreifen

Wir wollen:

- einen Modellversuch für integrierte Bildungszentren durch die Verbindung von Schul-, Bibliotheks- und Volkshochschulangeboten möglichst unter Beteiligung zentral verwalteter Einrichtungen wie dem Oberstufenzentrum oder der Staatlichen Schule für Ballett und Artistik initiieren.
- das Angebot für Jugendliche zum Erlangen des Haupt- und Realschulabschlusses und zur beruflichen Qualifikation ausweiten.
- nicht ausbildungsfähige Jugendlicher durch sozialpädagogische Integrationsangebote unterstützen.
- eine Initiative für einen diskriminierungsfreien Schulalltag von schwulen und lesbischen Jugendlichen anregen.
- das Modellprojekt „Berliner BÄR“ für ältere arbeitslose Menschen fortführen und nach dessen Abschluss und Auswertung das Projekt gegebenenfalls in das Regelangebot des Jobcenters übernehmen.

4.4 Kunst und Kultur als Aushängeschild für einen lebendigen Bezirk erhalten

Wir wollen:

- den Kulturentwicklungsplan für den Bezirk Pankow unter Berücksichtigung der freien nicht-kommunalen Kulturangebote fortschreiben und durch ein kulturpolitisches Konzept, das regionale Schwerpunkte, Handlungs- und Organisationsformen benennt, ergänzen.
- verstärkt mit Standorten und Einrichtungen Dritter wie dem Pfefferberg und der Kulturbrauerei zusammenarbeiten.
- neue Spielräume der freien und bezirklichen Kulturarbeit fördern.
- das qualitativ und quantitativ gute Angebot der Musikschule weiter erhalten.
- den guten Standard der Volkshochschule durch nutzerorientierte Angebote insbesondere für Seniorinnen und Senioren und Männer sowie mit Blick auf Weiterbildung Qualifizierung sichern.
- leistungsstarke, attraktive und zentrale Bibliotheksstandorte schaffen sowie alternative Modelle in der Fläche etwa durch ehrenamtliche Betreuung in öffentlichen Liegenschaften entwickeln und unterstützen.
- das Bezirksmuseum in Zusammenarbeit mit den Heimathistorikerinnen und Heimathistorikern als Einrichtung für die örtliche Kulturarbeit und lokale Identitätsbildung erhalten.
- eine Initiative zur Entwicklung des Geländes um die ehemalige Garbaty-Fabrik zu einem künstlerischen und kulturellen Ausbildungszentrum mit zum Beispiel einer Drehbuchschule, einer Kultur- und Medienmanagementausbildung und einem Regieinstitut starten. Uns ist insbesondere die Ansiedlung der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch auf dem Areal wichtig.

4.5 Soziale Verantwortung übernehmen

Wir wollen:

- den Pankower Gesundheits- und Sozialbericht zu einer umfassenden Armuts- und Reichtumsberichterstattung als Grundlage für eine wirksame sozialraumorientierte präventive Gesundheits- und Sozialpolitik weiterentwickeln.
- die jährliche präventive Schwerpunktsetzung weiterführen und ein entsprechendes Programm unter Beteiligung der bezirklichen Dienststellen, der Kitas und Schulen sowie der Wohlfahrtsverbände, freien Träger und Betroffeneninitiativen umsetzen, um die soziale und gesundheitliche Lage aller Einwohnerinnen und Einwohner zu verbessern.
- eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen erhalten, um unnötige und langwierige Krankenhausaufenthalte zu vermeiden.
- eine generelle Kontaktaufnahme des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu Müttern nach der Entbindung sicher stellen, um sie über mögliche Hilfsangebote zu informieren und diese gegebenenfalls auch zu vermitteln.
- die Hilfs- und Beratungsangebote in den Bereichen Kindergesundheit insbesondere zu den Schwerpunkten Sucht, psychische Erkrankungen und HIV-Prävention ausbauen und das Konzept für ein Haus der Prävention erarbeiten.
- weiter im Gesunde-Städte-Netzwerk aktiv mitwirken.
- ein Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden mit und ohne Publikumsverkehr durchsetzen.
- das „Netzwerk im Alter“ für ein selbst bestimmtes und selbständiges Leben älterer Menschen weiterentwickeln mit dem Ziel, ihnen einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Neue gemeinsame Wohnformen für Ältere sowie Angebote gegen die Vereinsamung wollen wir durch die Kooperation mit anderen kommunalen Einrichtungen und privaten Partnern wie Wohnungsbaugesellschaften und Seniorenheime entwickeln.
- Frauen und Männer, die ehrenamtliche Leistungen bei der Pflege von Angehörigen erbringen, ebenso mit Beratungsangeboten unterstützen wie das ehrenamtliche Engagement bei der Betreuung von hilfe- und betreuungsbedürftiger Menschen.
- das Fallmanagement für Menschen mit Behinderung durch zielgerichtete und am Einzelfall orientierte Beratung und Betreuung verbessern.
- die Angebote für obdachlose Menschen in freier Trägerschaft im Bezirk Pankow erhalten.
- die Modernisierung und Umstrukturierung des bezirklichen Sozialamtes zu einer bürgerfreundlichen Serviceeinrichtung fortsetzen.

4.6 Sport als Bindeglied zwischen den Menschen fördern

Wir wollen:

- das Schul- und Sportanlagenanierungsprogramm fortsetzen.
- das Sportangebot an Schulen durch Partnerschaften mit Sportvereinen fördern.
- die Frei- und Hallenbäder im Bezirk Pankow erhalten.
- eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendangeboten bei der Vergabe von Terminen in den Sportstätten.

5 Lebensqualität durch nachhaltige Stadtentwicklung

Berlin ist eine attraktive Stadt. Wie der stete Zuzug in unseren Bezirk zeigt, gilt das in besonderer Weise für Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für eine soziale Stadtentwicklung ein, die allen gleiche Teilhabechancen eröffnet und die Schwachen stärkt. Nachhaltigkeit bedeutet für uns die ausgewogene Verbindung aus sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Anforderungen. Wir bekennen uns zu den öffentlichen Einrichtungen und zu einer leistungsstarken kommunalen Daseinsvorsorge. Private Initiativen und bürgerschaftliches Engagement wollen wir verstärkt fördern. Sie können öffentliche Leistungen sinnvoll ergänzen. Zugleich fordern wir eine ausreichende Finanzierung kommunaler Aufgaben und setzen auf eine stärkere Vernetzung. Öffentliche Angebote für verschiedene Bevölkerungsgruppen müssen aufeinander abgestimmt werden und sich an sozialräumlichen Bedürfnissen orientieren.

Effektiver Schutz der Mieterinnen und Mieter, Maßnahmen gegen Verdrängung und leistungsfähige kommunale Wohnungsangebote haben für uns Priorität. Land Berlin und Bezirk Pankow müssen dauerhaft dazu in der Lage sein, auf den Wohnungsmarkt und die Siedlungsentwicklung Einfluss zu nehmen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Von Bürgerinnen und Bürgern getragene nachhaltige Strukturen wie Bürgervereine in den Ortsteilen und Kiezen sowie genossenschaftliche Projekte werden von uns weiter unterstützt und sind für die Bezirkspolitik wichtige Partner. Dabei gilt den auslaufenden Sanierungs- und Quartiersmanagementgebiete unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Formen der Bürgerbeteiligung, die sich dort bewährt haben, müssen in selbst tragende Strukturen überführt werden. Der Bezirk muss für künftige Bedarfe Vorsorge treffen. Hierzu zählen insbesondere die Erschließung von Wirtschaftsstandorten und die Sicherung wichtiger innerstädtischer Grünflächen und Spielplätze.

Die SPD im Bezirk Pankow achtet auch in der Verkehrspolitik auf Gerechtigkeit und den Schutz der Schwächeren. Dies gilt vor allem für Kinder und ältere Menschen. Die Schulwegsicherung und die seniorengerechte Gestaltung von Verkehrsmitteln und öffentlichem Straßenland haben für uns Priorität. Zugleich wissen wir, dass eine ausreichende Mobilität für die wirtschaftliche Entwicklung unverzichtbar ist. Die SPD im Bezirk Pankow gibt dabei dem Öffentlichen Nahverkehr den Vorrang. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass im Verkehrsbereich leistungsfähige öffentliche Unternehmen erhalten bleiben.

Um das positive Lebensgefühl der Menschen im Bezirk Pankow zu erhalten, bedarf der öffentliche Raum einer größeren Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit. Der pflegliche Umgang mit öffentlichen Gütern und Einrichtungen stellt eine Gemeinschaftsaufgabe dar. Ihre Beschädigung, Vandalismus und die Gefährdung des sozialen Zusammenhalts müssen Sanktionen nach sich ziehen. Mit den bezirklichen Ordnungsämtern hat der Bezirk mittlerweile die Möglichkeit, unmittelbar auf die Gestaltung unserer öffentlichen Räume Einfluss zu nehmen. Die SPD im Bezirk Pankow setzt sich dafür ein, dass hieraus serviceorientierte Einrichtungen werden, die für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sind und ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen können.

Eine gesunde Umwelt ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Lebensqualität und nachhaltige Stadtentwicklung. Sie ist für Familien zugleich ein zentrales Argument, sich für ein Leben in der Stadt zu entscheiden. Um die Umweltsituation in den Innenstadtquartieren weiter zu verbessern, setzt die SPD im Bezirk Pankow auf Verkehrsentlastung sowie den Erhalt und die Erweiterung von Grünzonen. Hinzu tritt eine stärkere Ergänzung von Umwelt und Wirtschaft. Ökologische Modernisierung unterstützt die wirtschaftliche und technologische Erneuerung. Schon heute finden in Deutschland über eine Million Menschen Beschäftigung durch Umweltschutz. Auch Berlin muss an dieser Entwicklung mehr als bisher teilhaben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden dafür sorgen, dass die öffentliche Verwaltung eine hierbei Vorreiterrolle wahrnimmt und insbesondere den Einsatz erneuerbarer Energien im Bezirk Pankow weiter ausbaut.

Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge sind für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung unverzichtbar. Der Erhalt von Jugend-, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie die Pflege von Park- und Grünanlagen stellen zentrale Aufgaben dar. Die Wahrnehmung solcher bezirklichen Aufgaben ist allerdings zunehmend gefährdet. In den zurückliegenden Jahren hat sich die finanzielle Lage des Bezirks Pankow drastisch verschärft. Aufgrund von Fehlbeträgen aus mehreren

Jahren sind Defizite in zweistelliger Millionenhöhe aufgelaufen. Vor diesem Hintergrund müssen wir weiterhin alles für eine Konsolidierung des Haushalts tun. Da die Krise jedoch nicht allein dem Bezirk anzulasten ist, fordern wir als SPD im Bezirk Pankow die Unterstützung von Senat und Abgeordnetenhaus. Dabei muss der Sanierungsprozess genügend Spielraum für gesellschaftlich notwendige Aufgaben und eine politische Gestaltung vor Ort lassen.

Dafür setzen wir uns ein!

5.1 Stadtentwicklung umsichtig gestalten, bezahlbaren Wohnraum erhalten

Mieterschutz und öffentliche Wohnungsunternehmen

Wir wollen:

- Mieterinnen und Mieter durch Erhaltungsverordnungen, Milieuschutz und Gebietssozialpläne konsequent schützen.
- die Interessen der Mieterinnen und Mieter bei Großinvestitionen privater Wohnungsbaugesellschaften aktiv vertreten. Als Beispiele seien der Gebietssozialplan und die Erhaltungsverordnung für die Carl-Legien-Siedlung, die Umstrukturierungsverordnung und der Gebietssozialplan für die „Grüne Stadt“ genannt.
- die Eigentümer unabhängige Beratung der Mieterinnen und Mieter in den Sanierungs- und Milieuschutzgebieten beibehalten sowie die offene Beratung der Mieterinnen und Mieter im Rathaus Pankow erhalten.
- städtische Wohnungsbestände erhalten und den Verkauf kompletter Gesellschaften oder von mehr als 2.000 Einheiten an einen Investor verhindern. Gebäude sollen bevorzugt an Mieterinnen und Mieter, Wohnungsgenossenschaften oder andere kommunale Wohnungsunternehmen veräußert werden.
- Auflagen zur Gewährleistung des Schutzes der Mieterinnen und Mieter festlegen, wenn öffentliche Wohnungen unvermeidbar veräußert werden müssen. Dazu gehören für uns unter anderem das Einhalten der Mietspiegelwerte, eine Begrenzung der Mietkosten für Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach einer möglichen Modernisierung, die frühzeitige Beteiligung der Mieterinnen und Mieter bei geplanten Modernisierungsmaßnahmen und das Erstellen eines Gebietsozialplans.
- die Zusammenarbeit mit den im Bezirk Pankow tätigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften WIP und Gesobau weiterentwickeln, um insbesondere Obdachlosigkeit zu vermeiden.
- Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften im Bezirk Pankow fördern.

Sanierung und Bürgerbeteiligung

Wir wollen:

- das von der SPD im Bezirk Pankow mitentwickelte Verfahren der „Ablaufsicherung“ bis zur Aufhebung der bestehenden Sanierungsgebiete beibehalten. Dazu gehört der Fortgang der Sanierung auch ohne öffentliche Zuschüsse, der Schutz der Mieterinnen und Mieter durch Sozialpläne für jedes zu sanierende Haus, die Berücksichtigung der Interessen der Eigentümerinnen und Eigentümer durch Bereitstellung von Umsetzwohnungen durch den Bezirk.
- dass bis zum Auslaufen der sieben Sanierungsgebiete im Bezirk Pankow, die Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur abgeschlossen, die Projekte zügig abgerechnet und die eingenommenen Ausgleichsbeträge sinnvoll investiert werden.
- Nachfolgestrukturen für die Betroffenenvertretungen in den Sanierungsgebieten und die Zusammenarbeit der Bezirksverwaltung mit neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements fördern.
- für die auslaufenden Quartiersmanagementgebiete dauerhafte Formen bürgerschaftlicher Beteiligung bilden und diese Modelle auf andere Kieze und Ortsteile übertragen

- die aktive Rolle des Bezirks bei der Unterstützung neuer öffentlicher und privater Investitionen, Initiativen zur Beseitigung von Bauruinen und zur Nutzung von Brachen sowie zur Nachnutzung von Industrie-Baudenkmalern stärken.
- eine attraktive öffentliche Nutzung des Schlosses Schönhausen realisieren.

Bauleitplanung

Wir wollen:

- alle laufenden Bauleitplanverfahren zeitnah überprüfen und ihre Fortführung nur unterstützen, wenn deren Finanzierung und Umsetzung gesichert ist.
- uns verstärkt für Vorhaben bezogene Bebauungspläne einsetzen.
- die fünf großen Kleingartenanlagen im Ortsteil Prenzlauer Berg als Grünflächen rechtlich verbindlich festschreiben und sie durch eine Änderung des Flächennutzungsplans schützen.
- den Medizin- und Biotechnologiestandort Buch einschließlich des Baus des geplanten Life Science Centers weiterentwickeln. Hierfür sind die notwendigen Flächen zur Verfügung zu stellen und planungsrechtlich abzusichern.
- das Zentrenkonzept zur Entwicklung des örtlichen Einzelhandels weiter anwenden und ihn stabilisieren, indem wir Genehmigungen für den großflächigen Einzelhandel restriktiv handhaben.

5.2 Mobilität sichern, Verkehrssicherheit gewährleisten

Öffentlicher Personennahverkehr im Bezirk (ÖPNV)

Wir wollen:

- die Anbindung der nördlichen Bezirksteile an den ÖPNV verbessern. Dies soll vor allem durch folgende Maßnahmen erzielt werden:
 - Erhalt des Nord-Astes der Straßenbahnlinie M 1 von der Hermann-Hesse-Straße bis Rosenthal; Verlängerung der Tram M 1 bis Wittenau als Anschluss an den nächsten Netzknoten von U- und S-Bahn; Neubau des nördlichen Ausgangs mit Aufzug am S-Bahnhof Karow;
 - Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebs der Niederbarnimer Eisenbahn nach Gesundbrunnen über Wilhemsruh in die Schorfheide und dadurch verbesserte Anbindung des Naherholungsgebiets Blankenfelde mit dem Botanischen Volkspark sowie der Industriestandorte ABB, Alstom und Schindler;

die Anbindung an die überörtlichen Verkehrsnetze verbessern durch

- Zügige Verlängerung der Tram M 10 zum Hauptbahnhof;
- Verwirklichung barrierefreier ÖPNV-Haltestellen, damit sie Menschen mit Behinderungen und Eltern mit Kinderwagen tatsächlich nutzen können;
- Erhöhung der Beförderungskapazitäten im Prenzlauer Berg während der Stoßzeiten.

Qualitätsoffensive und Ausbau von Verkehrswegen sowie Parkraumbewirtschaftung

Wir wollen:

- das Sonderprogramm des Senats zum Ausbau des Radwegenetzes sowie erhöhte Investitionen in die Straßen- und Gehwegsanierung erhalten, da die Bezirksmittel nicht ausreichen.
- Gehwege vorrangig sanieren – beginnend in den Sanierungsgebieten, da dort Fördermittel zur Verfügung stehen.

- die Aufenthaltsqualität von Durchgangsstraßen durch kostengünstige Maßnahmen verbessern. Vorbild dafür ist die zur Zeit laufende Baumaßnahme in der Greifswalder Straße mit der Anlage von Fahrradstreifen und qualitativ hochwertigen Bürgersteigen.
- Ampelphasen so gestalten, dass Menschen mit Gehbehinderungen, kleine Kinder und andere langsamere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer die Straße in der Grünphase überqueren können.
- uns nicht auf wenige, teure verkehrsberuhigte Bereiche („Spielstraßen“) in privilegierten Lagen beschränken, sondern flächendeckende Verbesserung der Verkehrssicherheit in den Sanierungsgebieten erreichen.
- Wir wollen die Ortsteile Buch und Karow an die Bundesstraße B 2 anbinden.
- die Bürgerinnen und Bürger an einem Verfahren zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung südlich des S-Bahn rings beteiligen. Zeitlich begrenzt soll geprüft werden, ob durch eine solche Maßnahme der „Parkdruck“ gesenkt und die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner erhöht werden kann.
- eine Schallschutzwand entlang des Bahndamms Karow neu errichten.

Radwegenetz

Wir wollen:

- die bezirklichen Radwege ausbauen und an das überörtliche Radwegenetz anbinden sowie das Radfahren in öffentlichen Park- und Grünanlagen grundsätzlich gestatten.
- im Rahmen der Erweiterung des Mauerparks einen durchgehenden Radweg anlegen.
- Falschparkern, Glasscherben und andere Verkehrshindernissen auf Radwegen konsequent entgegenzutreten.

5.3 Öffentliche Ordnung für ein sicheres Leben gewährleisten

Wir wollen:

- mehr und besser qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Ordnungsamt.
- illegale Müllablagerungen und Verunreinigungen des öffentlichen Raums vermeiden helfen, indem der Bezirk die Bürgerinnen und Bürger im Zuge einer Informationskampagne über die mögliche Meldung solcher Vorfälle aufklärt.
- die Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei im Bereich der Kriminalprävention und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verbessern.
- die missbräuchliche Nutzung der öffentlichen Grünanlagen verhindern und zum Beispiel bestehende Grillverbote konsequent durchsetzen.
- den Maulkorbzwang für bestimmte Hunderasen und die weiteren bestehenden Regeln für den Umgang mit Hunden im öffentlichen Raum durchsetzen, eingezäunte Hundenauslaufgebiete einrichten und jedwede Verstöße konsequent ahnden.
- effektivere Maßnahmen gegen so genannte Graffiti, Tagging oder Scratching ergreifen.
- bürgerschaftliche und private Initiativen zur Pflege öffentlicher Räume unterstützen.

5.4 Umwelt schützen und Arbeit schaffen

Nachhaltigkeit

Wir wollen:

- Umweltmanagement und Ökoaudit in der Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung verstärkt einsetzen.

- das Konzept für einen Energiepark im Botanischen Volkspark umsetzen.
- den Bau von Windkraftanlagen im nördlichen Teil des Bezirks in unmittelbarer Nähe der dort vorhandenen Verkehrsstrassen umsetzen.
- vermehrt Lärminderungsmaßnahmen des Stadtentwicklungsplans Verkehr (Förderung des Umweltverbunds, des ÖPNV sowie von Radfahrern und Fußgängern; Erweiterung von Tempo-30-Zonen) umsetzen.
- die Erholungsangebote im Bezirk Pankow mit dem Brandenburger Umland vernetzen.
- die Bundesprogramme zur ökologischen Sanierung und Steigerung der Energieeffizienz von öffentlichen Gebäuden im Bezirk ausschöpfen.
- auf Landesebene Initiativen für ausgabensparende Maßnahmen mit zusätzlichen Impulsen für Arbeit, Wirtschaft und Umwelt anregen.
- die öffentliche Verwaltung zum Vorreiter für die Beschaffung umweltfreundlicher und energieeffizienter Produkte machen.

Sicherung von Grünflächen und Lebensqualität

Wir wollen:

- die Luftqualität durch stufenweise Einführung von Umweltzonen entsprechend des Luftreinhalt- und Aktionsplans 2005-10 des Senats von Berlin verbessern. Darin ist ab 2010 ein Fahrverbot auch für Dieselfahrzeuge mit einer schlechteren Schadstoffklasse als Euro III vorgesehen.
- uns weiterhin für das Nachtflugverbot am Flughafen Tegel in der Zeit von 22 bis 6 Uhr einsetzen.
- Parktaschen mit Bäumen pflanzen, um die Verschwendung von Parkraum zu beseitigen und Freiflächen zu begrünen.
- die bezirklichen Kapazitäten für den Erhalt und die Pflege von Spielplätzen, Park- und Grünanlagen sichern.
- die Kleingartensiedlungen im Bezirk Pankow erhalten und den „Pankower Weg“ bei Nutzungskonflikten beibehalten.
- den Mauergrünzug als Landschaftsschutzgebiet festschreiben.

Bezirkliche Programme und Beteiligung

Wir wollen:

- Nachhaltigkeitsfaktoren definieren und Handlungsprogramme der Lokalen Agenda entwickeln.
- bürgerschaftlichem Engagement in Form von Kiez- und Bürgerbündnissen sowie Nachbarschaftsinitiativen zum Beispiel zur Pflege von Nachbarschaftsgärten, der Begrünung und Einfriedung von Grünstreifen oder für ökologische Einkaufsgemeinschaften fördern und unterstützen.
- erneuerbare Energien und geeignete Standorte für Photovoltaik- und thermische Solaranlagen auf Dächern von Gebäuden in bezirklichem Eigentum fördern und unterstützen.
- das „100-Höfe-Programms“ fortsetzen.
- jährlich einen Umweltpreis verleihen.

5.5 Haushalt konsolidieren, notwendige Ausgaben dauerhaft absichern

Haushaltskonsolidierung

Wir wollen:

- das vom Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV Pankow beschlossene Sanierungskonzept für den Haushalt des Bezirks Pankow umsetzen.
- eine vereinfachte und gerechtere Verteilung der Finanzmittel an die Berliner Bezirke unter Berücksichtigung von Effizianzanreizen und einem pauschalisierten Wertausgleich erreichen.
- uns ein nachhaltiges, sozial ausgewogenes Entschuldungsverfahren für in Notlage geratene Bezirke einsetzen, dass die dauerhafte Wahrnehmung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gestattet.

Einstellungskorridor öffnen und Facility-Management einführen

Wir wollen:

- mittel- und langfristig einen Einstellungskorridor in der Bezirksverwaltung öffnen, um notwendige Qualifikationsprofile und die Arbeitsfähigkeit der Ämter zu erhalten.
- nach Maßgabe der Haushaltslage Ausbildungsplätze in der Bezirksverwaltung mit der Aussicht auf Übernahme in den öffentlichen Dienst anbieten.
- eine genauere Bestandsaufnahme aller öffentlichen Gebäude des Bezirks erstellen und ein optimiertes Nutzungskonzept zur nachhaltigen Senkung der Bewirtschaftungskosten erarbeiten.
- eine räumliche Konzentration von Einrichtungen und die Abgabe nicht mehr durch den Bezirk genutzter Liegenschaften prüfen.

6 Lebensqualität durch Solidarität und Toleranz

Das Zusammenleben von 350.000 Menschen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee erfordert ein hohes Maß an sozialer Verantwortung und Sensibilität. Der starke Zuzug bestätigt die Attraktivität einer vielfältigen und gerade darin außerordentlich reizvollen Stadt. Gemeinsam müssen wir Solidarität mit Minderheiten und Schwachen üben, Toleranz gegenüber jenen zeigen, die nicht zur Mehrheitsgesellschaft zählen, und ein konsequentes Handeln der öffentlichen Organe gewährleisten, wenn einzelne diesen Konsens in Frage stellen. Der Kampf um Menschenrechte, Demokratie und Toleranz ist ein Kampf um die Köpfe. Deshalb brauchen wir gut ausgestattete Jugend-, Bildungs- und Kultureinrichtungen im Bezirk Pankow. Sie tragen dazu bei, historische und politische Bildung, das Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors und der kommunistischen Gewaltherrschaft sowie den interkulturellen Dialog zu befördern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen einen Bezirk erhalten, in dem alle Menschen sicher leben und sich wohl fühlen können. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind hier zu ernst zu nehmenden Problemen geworden. Die Integration neuer Bevölkerungsgruppen und der offene Dialog über das, was uns voneinander unterscheidet, sehen wir daher als zentrale Aufgabe einer aufgeklärten Stadtpolitik an. Integration fordert die Bereitschaft, die Sprache des Aufnahmelandes zu erlernen, die Akzeptanz der fundamentalen Verfassungsprinzipien und der politischen Kultur des demokratischen Rechtsstaats. Gleichzeitig müssen wir gleichberechtigte Chancen für den Zugang zum Arbeitsmarkt, in die Selbstständigkeit, zum Bildungssystem und Wohnungsmarkt gewährleisten.

Wir treten für eine tolerante Gesellschaft ein, da sie die Voraussetzung für eine nachhaltige und konfliktfreie Entwicklung darstellt. Unser Bezirk und seine Bürgerinnen und Bürger müssen jenen entgegentreten, die Pankow zu einem Schwerpunkt von Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt machen wollen. Die SPD fordert alle dazu auf, gemeinsam einzutreten für Chancengleichheit und Gleichberechtigung ohne Ansehen von Herkunft, Geschlecht und sexueller Identität. Wir fordern, dass der Bezirk und seine Repräsentanten Gesicht zeigen und gegen jede Form von Gewalt und Extremismus entschieden vorgehen.

Dafür setzen wir uns ein!

6.1 Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken und Integration gestalten

Wir wollen:

- den aktiven Dialog mit Menschen mit Migrationshintergrund im Bezirk Pankow voranbringen.
 - ein Sprachförderkonzept erstellen sowie ein ausreichendes Angebot von Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund und für bereits im Bezirk Pankow lebende Einwanderinnen und Einwanderer sichern.
 - Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Migrationshintergrund besonders fördern.
 - Ein zu entwickelndes Konzept zur besseren Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt auf Landesebene unterstützen.
 - den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst des Bezirks Pankow erhöhen.
 - das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen, um ihnen mehr Partizipation zu ermöglichen.
1. eine Integrationspolitik unterstützen, die das Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft zum Ziel hat.

6.2 Für ein tolerantes Pankow eintreten

Wir wollen:

- ein lebendiges Gedenken an die Zeit der NS-Diktatur durch die Unterstützung des Projekts „Stolpersteine“ und den Erhalt historisch bedeutsamer Orte des jüdischen Lebens im Bezirk Pankow pflegen.
- an der harten Linie der Berliner Polizei im Umgang mit Gewalttätern und rassistisch motivierten Übergriffen festhalten.
- junge Menschen durch eine aktive Wertevermittlung an den Schulen und eine intensive Jugendarbeit im Bezirk Pankow gegen Rechtsextremismus und Intoleranz stark machen.
- den BVV-Aktionsplan gegen Rechts fortführen und die „10 Punkte für Zivilcourage“ aktiv unterstützen.
- das Register rassistischer, antisemitischer und rechtsextremistischer Straftaten weiterführen.
- uns für die nahtlose Fortführung und Finanzierung erfolgreicher Projekte gegen Rechtsextremismus einsetzen und neue Projekte anregen.
- eine bezirkliche Aufklärungskampagne gegen Intoleranz, Rassismus und Extremismus in enger Zusammenarbeit mit Initiativen gegen Rechts starten.

6.3 Städtepartnerschaften erhalten und ausbauen

Wir wollen:

- Wir wollen die bestehende Städtepartnerschaft mit Kolberg (Kolobrzeg) in Polen fortsetzen und intensivieren.
- Wir wollen die Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Ashkelon wieder beleben.
- Wir wollen eine gute Nachbarschaft mit den an den Bezirk Pankow angrenzenden Gemeinden und Landkreisen in Brandenburg pflegen.

7 Lebensqualität durch Teilhabe und bürgernahe Verwaltung

Bürgerschaftliches Engagement fördert den Zusammenhalt, stärkt die Eigenverantwortung und erhöht die Identifikation mit dem Wohnumfeld. Die SPD im Bezirk Pankow fördert und unterstützt bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen, ob organisiert in Vereinen und Initiativen oder spontan und unorganisiert. Die Menschen in unserem Bezirk sollen Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen erhalten und diese mitgestalten können. Verwaltung darf kein Selbstzweck sein, sondern hat den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen. Die SPD bekennt sich zum Fortbestand der Bezirke als bürgernahe Verwaltungseinheiten, die politisch auf kommunaler Ebene kontrolliert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kompetenzen der Bezirke nicht weiter durch die Landesebene beschnitten werden.

Dafür setzen wir uns ein!

7.1 Bürgerschaftliches Engagement stärken

Wir wollen:

- weiterhin das bürgerschaftliche Engagement in Form von Kiez- und Bürgerbündnissen sowie Nachbarschaftsinitiativen fördern.
- Ortsteil- und Kiezkonferenzen zur Bündelung des bürgerschaftlichen Engagements initiieren.
- die Nachfolgestrukturen für die Betroffenenvertretungen in den Sanierungsgebieten unterstützen und diese neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements auf andere Kieze und Ortsteile übertragen.
- einen bezirklichen Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement als erste Anlauf- und Informationsstelle für Räume, Ressourcen und weitere Kontakte benennen.
- Wir wollen eine Freiwilligenagentur zur Unterstützung und Vermittlung ehrenamtlichen Engagements aufbauen sowie ein entsprechendes Fortbildungsangebot entwickeln.
- die jährliche Auszeichnung von ehrenamtlich Tätigen in einem festlichen Rahmen fortführen.
- das Beratungsangebot für Frauen und Männer, die ehrenamtliche Leistungen bei der Pflege von Angehörigen erbringen, verbessern und das ehrenamtliche Engagement bei der Betreuung hilfe- und betreuungsbedürftiger Menschen gezielt unterstützen.

7.2 Politische Teilhabe ausweiten

Wir wollen:

- die Senioren-BVV fortführen und eine Jugend-BVV aufbauen. Wir wollen ihren Mitgliedern Rederecht zu den diese Altersgruppen betreffenden Themen in den BVV-Ausschüssen einräumen.
- die Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Pankow über bestehende Beteiligungsformen wie Einwohnerversammlungen, Bürgeranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide regelmäßig informieren.
- weitere Zugänge zu Verwaltung und Politik im Rahmen regulärer Versammlungen und Tagungen eröffnen.
- die Erfahrungen anderer Berliner Bezirke mit einem Bürgerhaushalt auswerten und Möglichkeiten zur Mitwirkung an der Verteilung der bezirklichen Mittel schaffen.
- Kiez- und Stadtteilkonferenzen auch als Nachfolgeinstitutionen in den auslaufenden Quartiersmanagementgebieten (QM) unterstützen, insbesondere am Helmholtzplatz und Falkplatz, die noch bis zum 31. Dezember 2007 als QM-Gebiete gefördert werden.
- die Abläufe in den BVV-Ausschüssen auf ihre Transparenz und Partizipation hin überprüfen und das Instrument der öffentlichen aktuellen Stunde nutzen, um diese zu verbessern.

7.3 Bürgernahe Verwaltung ausbauen

Wir wollen:

- bürgerfreundliche Öffnungszeiten, eine gute räumliche und telefonische Erreichbarkeit öffentlicher Einrichtungen, eine übersichtliche Beschilderung in den Amtsgebäuden und Barrierefreiheit sicher stellen.
- kurze Wartezeiten, ein unkompliziertes Bearbeiten von Wünschen der Bürgerinnen und Bürger sowie eine allgemein verständliche Amtssprache im persönlichen Kontakt und im Schriftverkehr der Pankower Bezirksverwaltung und öffentlichen Einrichtungen erreichen.
- im Bezirk Pankow leistungsstarke Bürgerämter sowie das Mobile Bürgerbüro erhalten.
- die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund fördern.
- die elektronischen Dienstleistungen des Bezirks Pankow unter dem Stichwort „Virtuelles Rathaus“ ausbauen und den Internetauftritt des Bezirksamtes noch ansprechender und bürgernäher gestalten.